

Grußwort bei der Veranstaltung der Gemeinschaft Sant´Egidio zum Gedenken an die Deportation der Juden aus Würzburg am 27. November 2014

Begrüßung, namentlich

- Dr. Josef Schuster, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken
- ggf. Dekanin Dr. Edda Weise
- ggf. Domdekan Prälat Günter Putz
- Prof. Dr. Klaus Reder, Gemeinschaft Sant´Egidio

Der Weg, den wir eben gegangen sind, war vor 73 Jahren ein Weg in den Tod. Am Nachmittag des 26. November 1941 mussten sich 202 jüdische Einwohner unserer Stadt und Region wenige Meter von hier entfernt in der damaligen Schrankenhalle einfinden. Am folgenden Morgen wurden sie zum Güterbahnhof Aumühle getrieben, wo um 17.50 Uhr ein Sonderzug in das Sammellager Nürnberg-Langwasser abfuhr. Von dort wurden sie in das KZ Jungfernhof bei Riga transportiert, wo das Leben der meisten von ihnen endete. Viele erfroren oder starben an Krankheiten oder Unterernährung, andere wurden erschossen.

Von den 202 Menschen, die bei dieser ersten Deportation unterfränkischer Juden in die osteuropäischen Vernichtungslager verschleppt wurden, haben – soweit wir wissen – nur 16 überlebt. Insgesamt fielen der staatlich organisierten und fabrikmäßig durchgeführten Ermordung der Juden im damaligen deutschen Machtbereich etwa sechs Millionen Menschen zum Opfer, darunter auch 900 Würzburgerinnen und Würzburger.

Im August haben wir an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert. An diesem Krieg nahmen auf deutscher Seite etwa 100.000 jüdische Männer teil. 12.000 von ihnen fielen, darunter auch 40 Mitglieder der jüdischen Gemeinde Würzburg.

Nach dem Krieg listeten die deutschen Juden ihre Kriegsteilnehmer und ihre Gefallenen auf. Sie wollten damit ihre vaterländische Gesinnung unter Beweis stellen und glaubten, ihr langes Ringen um die volle Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger sei nun endgültig zum Abschluss gekommen.

Und noch im März 1933 erklärte der Verband Israelitischer Gemeinden in Bayern: „Verbunden sind wir, nicht nur staatsbürgerlich, sondern tiefinnerlich, dem bayerischen Boden, den wir als unsere Heimat lieben.“ Wenn wir uns diese intensive Verbundenheit der jüdischen Bürgerinnen und Bürger mit Deutschland als ihrer Heimat bewusst machen, dann erscheint das, was den deutschen Juden zwischen 1933 und 1945 vom deutschen Staat und von ihren Mitbürgern angetan wurde, noch ungeheurerlicher.

Vieles davon hat sich vor aller Augen abgespielt. Die meisten Menschen in unserem Land haben damals jedoch weggesehen – aus Furcht, aus Gleichgültigkeit, oder weil sie nicht wahrhaben wollten, welche Verbrechen vom Staat auch in ihrem Namen begangen wurden. Nicht wenige sind mit dem Vorgehen gegen die Juden aber auch einverstanden gewesen. Und einige haben selbst mitgemacht oder sich am Besitz ihrer zur Auswanderung gezwungenen oder deportierten Mitbürger bereichert. Daher empfinden wir heute nicht nur Trauer über das Schicksal der über 2000 unterfränkischen Opfer der Shoa.

Wir empfinden auch Scham über dieses Versagen und diese Schuld, die für immer ein Teil der Geschichte unserer Stadt sind. Wir tragen zwar keine persönliche Verantwortung für das, was vor einem Menschenalter geschehen ist. Aber wir sind dafür verantwortlich, dass sich solche Verbrechen in unserem Land nie mehr wiederholen. Deshalb dürfen wir Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Mitte keinen Raum zur Entfaltung lassen.

Ich sage das auch aus aktuellem Anlass. In diesem Sommer haben in deutschen Städten antiisraelische Demonstrationen stattgefunden haben, bei denen Parolen wie „Tod den Juden“ gerufen und Passanten, die als Juden erkennbar waren, tätlich angegriffen wurden. Nicht nur unser Staat ist durch diese Entwicklung herausgefordert.

Auch unsere Gesellschaft und jeder einzelne von uns ist aufgerufen, sich in dieser Situation schützend vor unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu stellen und unmissverständlich deutlich zu machen: Die in Deutschland lebenden Juden können nicht für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

Sie sind Bürger dieses Landes, sie gehören ganz selbstverständlich zu uns und wir lassen es nicht zu, dass sie wie im NS-Staat erneut als Fremdkörper behandelt und ausgegrenzt werden. Deutschland ist unser gemeinsames Zuhause. Im Übrigen gibt es für Antisemitismus keinerlei Rechtfertigung. Und Hasspropaganda und Aufrufe zur Gewalt werden von uns nicht toleriert.

Das gehört zu den Lehren, die wir aus unserer Geschichte ziehen müssen. Aus der Geschichte lernen kann aber nur, wer die Geschichte kennt. Deshalb müssen wir die Erinnerung daran wachhalten, was im so genannten Dritten Reich in unserem Land und in unserer Stadt geschehen ist. Und je weniger Menschen sich daran noch persönlich erinnern können, umso wichtiger wird das öffentliche Gedenken.

Aus diesem Grund bin ich der Gemeinschaft St. Egidio sehr dankbar dafür, dass sie seit 14 Jahren diesen Gedenkmarsch organisiert. Ihnen allen danke ich dafür, dass Sie heute hier sind. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen. Sie sagen Nein zu Antisemitismus und Rassismus, zu menschenverachtenden Vorurteilen, Intoleranz, Hass und Gewalt. Und Sie sagen Ja zu einer offenen und toleranten Gesellschaft, damit nie wieder Menschen in unserer Stadt wegen ihrer Abstammung, Herkunft oder Religion in Angst leben müssen. Dafür danke ich Ihnen.